



REGISTERSTELLE
Marzahn-
Hellersdorf

Diskriminierung und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf

Jahresrückblick 2023

2024 | APRIL



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Bericht über extrem rechte und diskriminierende Vorfälle.....	4
Höchststand an Vorfällen seit Beginn der Erfassung.....	4
Neonazis werden aktiver.....	5
Rechte Gewalt nimmt zu.....	7
Rassismus als Tatmotiv.....	8
Gewalt gegen queere Menschen steigt.....	10
Feindbild Antifaschismus.....	13
Marzahn-Hellersdorf als HotSpot des „III. Weg“ Berlin.....	16
Wer ist der „III. Weg“?.....	17
Vermehrt Neonazi-Graffiti in Marzahn-Hellersdorf.....	18
Neonazistische Jugendliche auf Mitgliedersuche.....	19
Gewaltbereitschaft in Hellersdorf steigt.....	19
Propaganda im öffentlichen Raum.....	20
Schwerpunkte der gemeldeten Vorfälle.....	22
Wahlkampf und Propaganda im Internet.....	24
Fazit des Registerberichtes.....	26

Impressum

Inhalt: Registerstelle Marzahn-Hellersdorf
 Post: Stiftung SPI
 Geschäftsbereich Lebenslagen,
 Vielfalt und Stadtentwicklung
 Frankfurter Allee 35 – 37
 10247 Berlin
 Mail: register-mh@stiftung-spi.de
 Tel.: +49 172 - 869 54 97

Die Artikel wurden von der Registerstelle zur
 Erfassung extrem rechter und diskriminierender
 Vorfälle Marzahn-Hellersdorf verfasst.

Redaktion: Anne Schönfeld
 Layout: Anne Schönfeld
 Auflage: 100 Stück
 Stand: April 2024
 Fotos: Registerstelle Marzahn-Hellersdorf

V.i.S.d.P.: Heiko Wichert, Frankfurter Allee 35-37,
 10247 Berlin

Stiftung SPI
 Sozialpädagogisches
 Institut Berlin »Walter May«

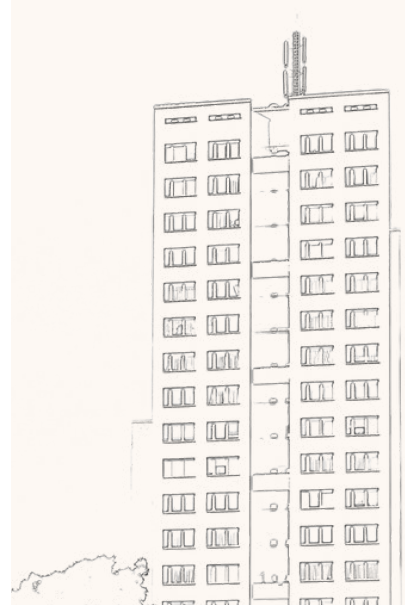


Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie.
 Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus
 und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz,
 Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Vorwort

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat mehr als nur grauen Beton zu bieten. Die „Gärten der Welt“ in Marzahn, der Kienberg in Hellersdorf oder die Seen in Kaulsdorf locken Menschen aus ganz Berlin und teilweise sogar aus der ganzen Welt hierher. Auch der Alltag im Bezirk ist alles andere als einseitig. Zwischen Plattenbauten und Einfamilienhäusern ist jede Menge los. Und in den letzten Jahren ist das Leben in Marzahn-Hellersdorf sogar noch vielfältiger geworden: So feiert die „Marzahn Pride“ im Jahr 2024 ihr fünftes Jubiläum. Die jährliche Parade ist nur ein Beispiel für queere Aktivitäten im Bezirk, die sich auch in einer wachsenden Anzahl an regelmäßigen Angebote für queere Jugendliche und Erwachsene ausdrücken. Trotz der großartigen Potentiale ist das Zusammenleben von so vielen Menschen im Großbezirk nicht immer problemfrei. Es gibt Armut im Bezirk. Es gibt einen Mangel an Schulplätzen. Außerdem kommt es leider immer wieder zu rechter Gewalt und Diskriminierung. Um aktiv dagegen vorzugehen, nimmt die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf Meldungen über rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk auf und wertet diese aus. Das Ergebnis findet sich unter anderem auf den folgenden Seiten. Der Bericht ist eine Handreichung für alle, die sich gegen Diskriminierung und für Vielfalt und Toleranz einsetzen möchten. Dies gelingt nur, wenn auch ein Blick auf die rechten Vorkommnisse geworfen wird: Welche Vorfälle gab es und wo genau sind sie passiert? Welche rechten Gruppen sind im Bezirk aktiv? Und was kann die Zivilgesellschaft dagegen tun? In diesem Sinne versteht sich der vorliegende Jahresbericht als Impuls, um den Bezirk Marzahn-Hellersdorf in Zukunft gemeinsam noch lebenswerter für alle Menschen machen zu können.

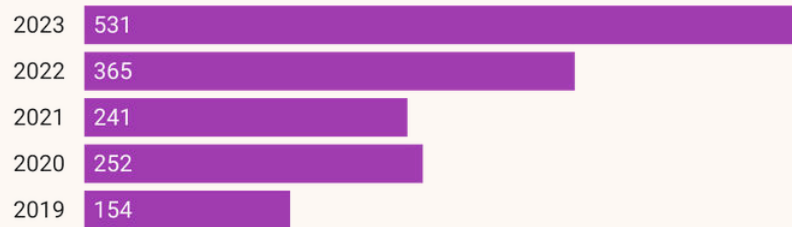


Bericht über extrem rechte und diskriminierende Vorfälle

Höchststand an Vorfällen seit Erfassungsbeginn

Im Jahr 2023 wurden in Marzahn-Hellersdorf 531 rechte und diskriminierende Vorfälle registriert. Das sind 45% mehr Meldungen als im Vorjahr. Es wurden also durchschnittlich an jedem Tag ungefähr 1,5 rechte oder diskriminierende Vorkommnisse im Bezirk gemeldet. Das ist ein neuer Höchststand. Seit Beginn der Erfassung rechter Vorfälle 2008 wurden noch nie so viele Vorkommnisse in einem Jahr dokumentiert.

Jahresübersicht der gemeldeten Vorfälle



Created with Datawrapper

Dieser Anstieg der Vorfälle hat verschiedene Gründe. Der erste ist eher positiv, da immer mehr Menschen Diskriminierung melden. Es gibt eine wachsende Anzahl von Personen, die hinschauen, sich gegen rechts engagieren und sich gegen menschenverachtendes Verhalten positionieren. Das ist gut. Nur durch mehr Meldungen können Schwerpunkte von Diskriminierung im Bezirk erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Neonazis werden aktiver

Allerdings liegt die steigende Anzahl an Vorfällen im vergangenen Jahr auch daran, dass gerade organisierte Neonazis aktuell wieder aktiver im Bezirk werden. Bereits zwischen 2013 und 2017 gab es schon einmal beunruhigend hohe Zahlen explizit rechter Vorfälle im Bezirk. Damals fanden teilweise wöchentliche rassistische Demonstrationen gegen den Bau von Geflüchtetenunterkünften statt. Zudem waren geflüchtete Menschen, die neu in den Bezirk gezogen sind, sowie Antirassist:innen im Alltag vielfach mit Gewalt konfrontiert. In den vergangenen Jahren ist es jedoch erst einmal ruhiger geworden und die organisierte Neonaziszene zog sich etwas zurück. Doch seit Kurzem treten viele der Neonazi-Kader, die bereits vor 10 Jahren im Bezirk aktiv waren, erneut zum Vorschein und werden wieder stärker aktiv. So verzeichnete die Registerstelle im vergangenen Jahr besonders viele Aktivitäten der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“. Teilweise kamen die Neonazis vom „III. Weg“ aus ganz Berlin, um im Bezirk Graffiti zu sprühen oder Propaganda zu verteilen. Auch Kampfsporttrainings haben im öffentlichen Raum in Marzahn-Hellersdorf stattgefunden. Vor allem jüngere Neonazis können sich durch solche Angebote darin bestärkt sehen, zunehmend Gewalt auf der Straße auszuüben.





Die nachweisliche Verrohung des öffentlichen Klimas¹ ist jedoch auch eine politische Nachwirkung der jahrelangen Corona-Pandemie. In deren Verlauf fanden beispielsweise antisemitische Verschwörungserzählungen und Symbole zunehmend Verbreitung. Dieser Trend ist zwar im Vergleich zu Pandemie-Hochzeiten rückläufig, aber immer noch relevant, wenn es darum geht, zu verstehen, warum rechte Propaganda aktuell mehr Anklang findet.

Nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 07.10.2023 kam es in anderen Teilen Berlins und Deutschlands vielfach zu einem Anstieg der Meldungen antisemitischer Vorfälle. In Marzahn-Hellersdorf ist deren Anzahl im Jahresvergleich jedoch weitestgehend konstant geblieben. Allerdings hat sich die Qualität der gemeldeten Vorfälle 2023 merklich verändert. So wurde zweimal versucht aus offensichtlich antisemitischen Motiven eine Israelfahne abzureißen und zu entwenden, die vor dem Rathaus gehisst war. Zudem kam es zu drei antisemitischen Angriffen im Bezirk, von denen sich zwei in Marzahn ereigneten.

¹ Auch Wilhelm Heitmeyer beschreibt eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft: vgl. Heitmeyer, Wilhelm, Die Durchrohung der Gesellschaft. Signaturen der Bedrohung 3. Suhrkamp [im Erscheinen, August 2024.

Rechte Gewalt nimmt zu

Insgesamt zeigen die Zahlen des Registerberichtes 2023 die beunruhigende Tendenz, dass Diskriminierung zunehmend mit körperlicher Gewalt einhergeht. Einerseits sind diskriminierende Veranstaltungen zurückgegangen, zudem gab es weniger Meldungen von Vorfällen struktureller Benachteiligung. Andererseits hat sich die Zahl der gemeldeten Angriffe mehr als verdoppelt. Im Jahr 2022 wurden insgesamt neun rechtsmotivierte Angriffe gemeldet. Im vergangenen Jahr ist diese Zahl auf 22 gestiegen. Hierbei deutet sich an, dass manche Menschen besonders gefährdet sind, Betroffene von dieser zunehmenden Gewaltbereitschaft zu werden.

Art der Vorfälle

Gemeldete Vorfälle von 2017 bis 2023

	Angriff	Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelei	Propaganda	Sachbeschädigung	Strukturelle Benachteiligung	Veranstaltung	Sonstiges
2023	22	45	440	11	5	8	0
2022	9	29	290	16	7	13	1
2021	11	27	164	11	10	18	0
2020	17	33	186	5	4	4	3
2019	15	23	104	0		10	1
2018	14	40	116	3		3	5
2017	24	38	111	2		7	4

Source: StatCounter GlobalStats • Created with Datawrapper

Motiv der Vorfälle

Gemeldete Vorfälle von 2017 bis 2023

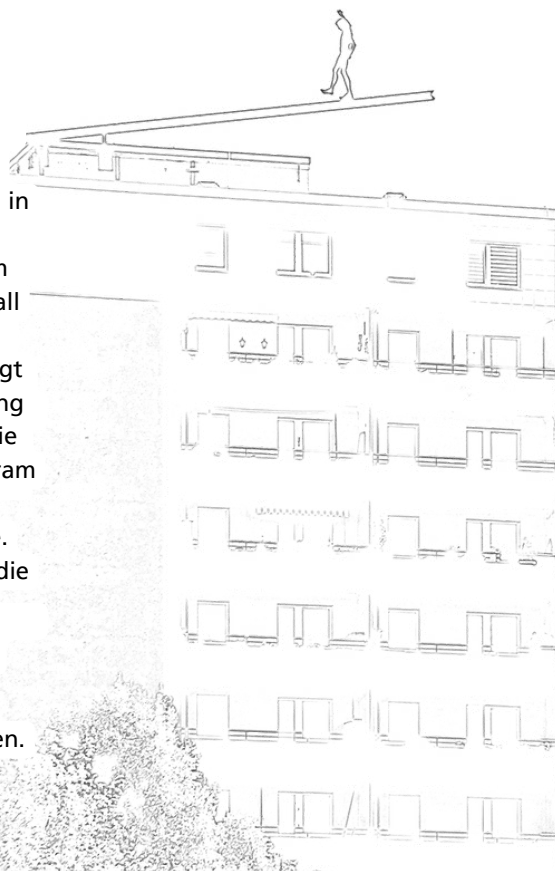
	Antifeminismus	Antisemitismus	Behindertenfeindlichkeit	LGBTIQ*-Feindlichkeit
2023	2	14	1	28
2022	2	15	0	17
2021	3	11	1	12
2020		10	0	8
2019		1	0	3
2018		6	0	4
2017		3	0	3

Created with Datawrapper

Politische Gegner:innen	Rassismus	Rechte Selbstdarstellung	Sozialchauvinismus	Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
82	119	153	1	131
51	61	155	4	60
38	59	68	0	49
35	78	52	0	69
16	61	34	0	27
17	58	73	2	21
27	62	66	0	26

Rassismus als Tatmotiv

Ungefähr zwei Drittel der gemeldeten Angriffe waren im Jahr 2023 rassistisch motiviert. Die meisten Angriffe fanden in öffentlichen Verkehrsmitteln (S-Bahn, U-Bahn, Tram, Bus) statt. So kam es am 27.03.2023 zu einem rassistischen Vorfall in der Tramlinie 16 in Marzahn. Dabei wurde eine dreiköpfige Familie beleidigt und angegriffen (Quelle: Polizeimeldung Nr. 0448 vom 28.03.2023). Der Vater, die Mutter und die Tochter sollen in der Tram telefoniert haben, während sie ein Fahrgast zunächst rassistisch beleidigte. Anschließend versuchte der Angreifer die Familie gewaltsam aus der Bahn zu drängen und nach ihnen zu schlagen. Zudem ereignete sich ein rassistischer Angriff in einem Supermarkt, einer in einer Bar und drei in Schuleinrichtungen. Ein Angriff fand auf der Straße statt.



Am Nachmittag des 30.11.2023 wurde ein Mann während seines Lauftrainings in Hellersdorf von einem Unbekannten gestoppt. Der Täter baute sich auf einem Gehweg plötzlich vor ihm auf und fragte, was er "hier in Deutschland" mache. Als der Betroffene antworten wollte, schlug der Täter mit der Faust auf ihn ein. Eine Augenzeugin schritt nicht ein, sie drehte sich um und ging weiter. Der Täter ließ letztendlich von dem Betroffenen ab und konnte unerkannt entkommen (Quelle: Tagesspiegel vom 30.11.2023). Nicht nur in diesem Fall kannte der Betroffene den Täter nicht. Die meisten Angriffe werden von Personen ausgeführt, die den Betroffenen unbekannt sind. Diskriminierende Gewalt und Hass schlägt Menschen somit in der Regel zufällig und unvermittelt im Alltag entgegen. Das Wissen darüber kann Ansatzpunkte bieten, um rassistischer Gewalt durch eine verstärkte Aufmerksamkeit gemeinsam den Raum zu nehmen und Angsträume für Betroffene abzubauen.

Gewalt gegen queere Menschen nimmt zu

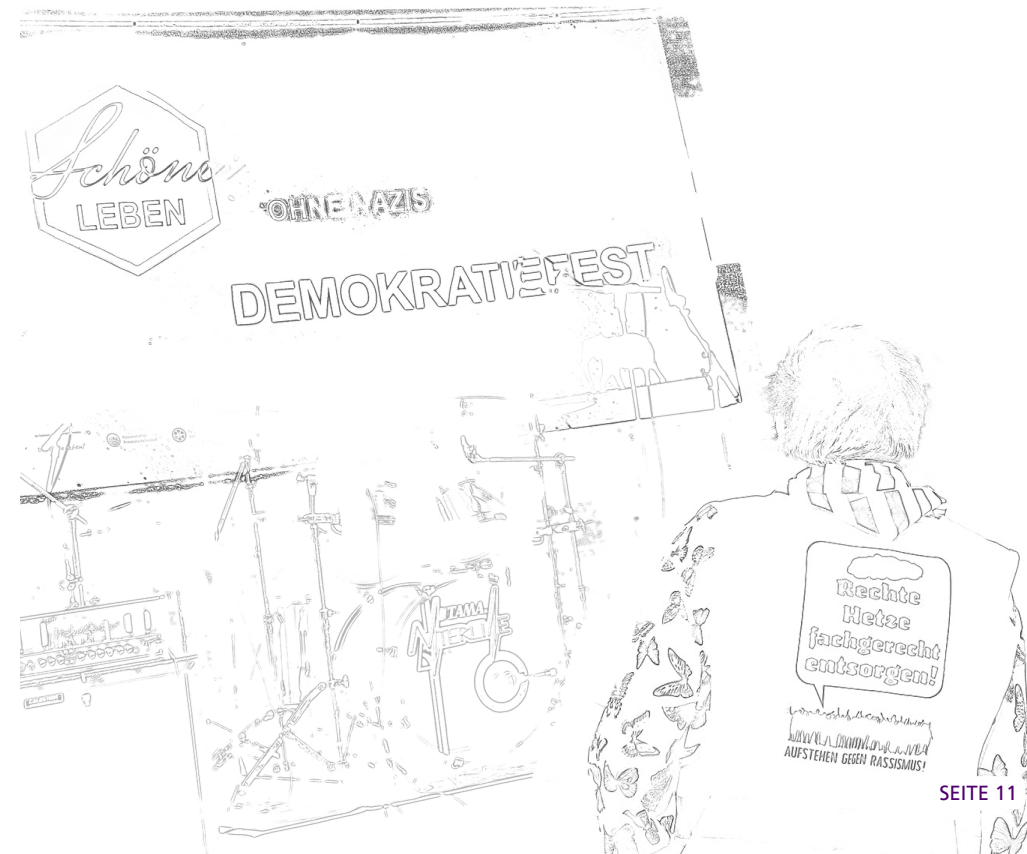
Doch auch die Vorfälle von LGBTIQ*-feindlicher Diskriminierung und Gewalt nehmen zu. So dokumentierte die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf im vergangenen Jahr insgesamt sechs Vorfälle, bei denen queere Menschen auf offener Straße bedroht und angepöbelt wurden. In zwei Fällen kam es darüber hinaus sogar zu körperlicher Gewalt. Ähnlich wie bei rassistischen Anfeindungen ist jedoch auch im Bereich der LGBTIQ*-feindlichen Diskriminierung von einer hohen Dunkelziffer an Vorfällen auszugehen. Queere Menschen teilten der Registerstelle mehrfach mit, dass sie Vorfälle kaum melden, weil diese im Alltag zu gehäuft auftreten würden.

Insgesamt hat sich die Sichtbarkeit von queerem Leben im Bezirk in den letzten Jahren erhöht. Leider geht damit auch ein Anstieg an diskriminierenden Anfeindungen einher. Zudem gibt es in den Randbezirken weniger Angebote für queere Menschen als in der Berliner Innenstadt. Dadurch mangelt es tendenziell auch an Orten der Vernetzung und Organisation bei queerfeindlichen Vorfällen.



So kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu rechten Aktivitäten gegen die jährliche „Marzahn Pride“. Im Jahr 2023 versuchten beispielsweise zwei bekannte Neonazis aus dem Spektrum vom „III. Weg“ Standbetreiber:innen auf der Pride abzufilmen. Das gezielte Fotografieren von politischen Gegner:innen soll diese einschüchtern.

Auch auf dem Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ wurden 2023 Standbetreiber:innen aus LGBTIQ*-feindlichen Gründen verächtlich gemacht. Unter anderem zerrissen Unbekannte offensiv Pride-Papier-Flaggen vor einem Informationsstand.



Termine 2024

15. Juni:
Marzahn Pride

7. September:
Schöner leben ohne Nazis

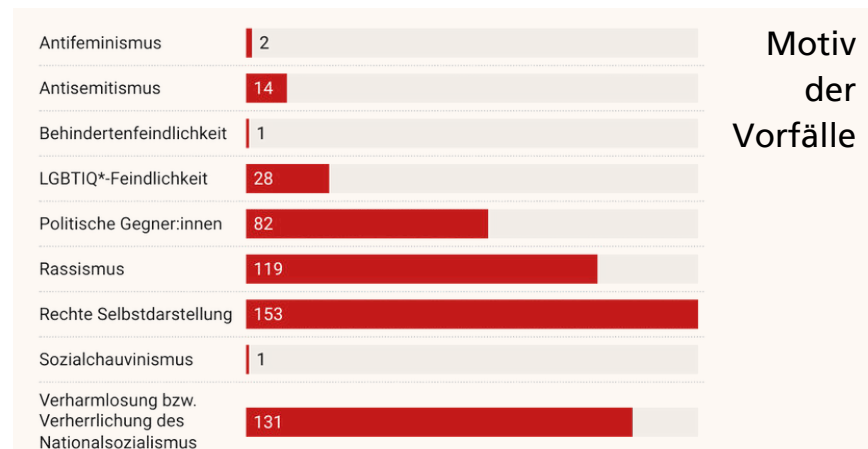
14. September:
Cotti für alle -
Graffiti und Mucke
gegen rechts

Schöner leben
ohne Nazis

Feindbild Antifaschismus

Im vergangenen Jahr hat ebenfalls die Zahl der Vorfälle zugenommen, bei denen Menschen aufgrund ihrer politischen Aktivität gegen rechts von Anfeindungen betroffen waren. Antifaschist:innen und alternative Jugendliche geraten neben queeren und geflüchteten Menschen verstärkt in das Visier rechter und extrem rechter Aktivitäten. Dabei werden die Vorfälle zunehmend gewaltvoller.

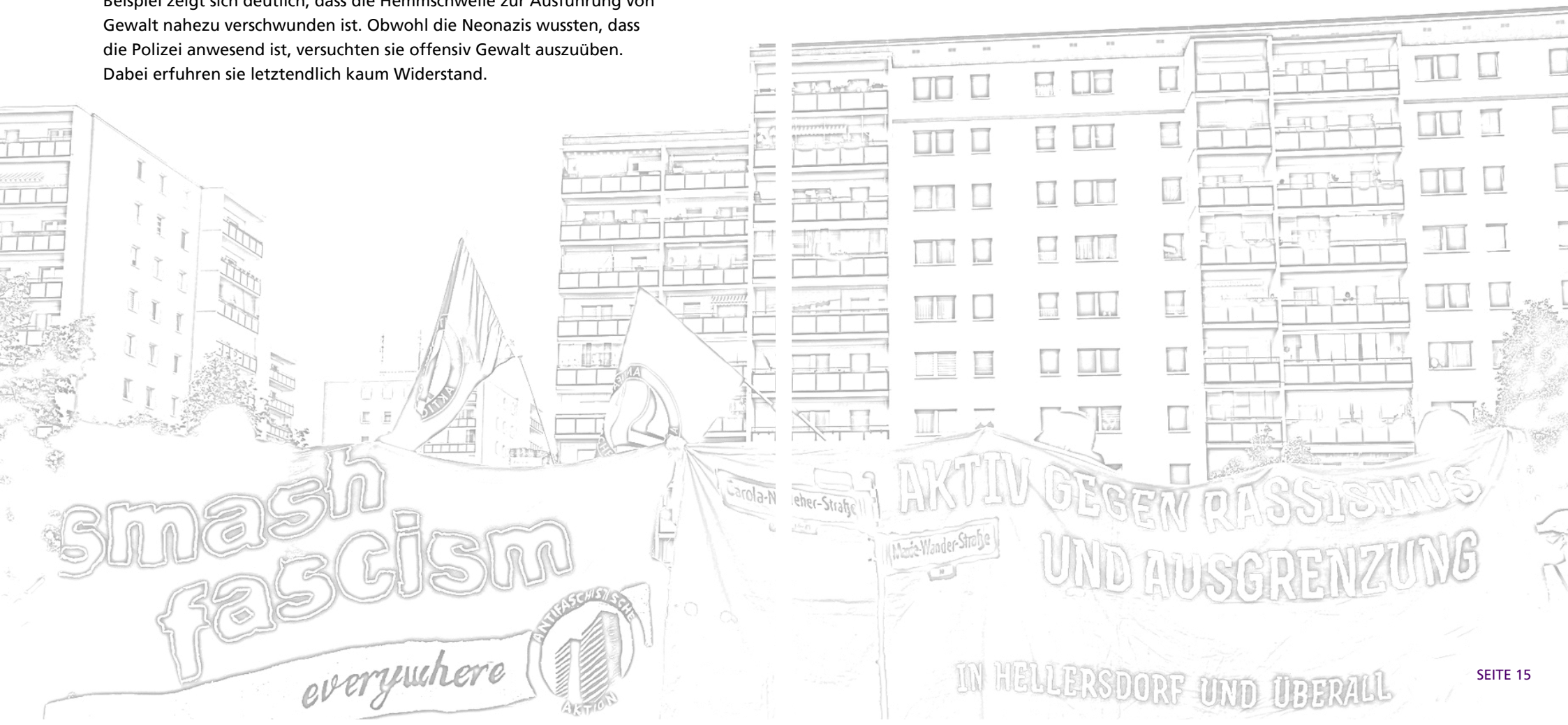
Drei Angriffe und zwölf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gegen Personen, die als politische Gegner:innen angesehen wurden, hat das Register für das Jahr 2023 dokumentiert. Ziel dieser Aktivitäten ist es vor allem, eine (extrem) rechte oder sogar neonazistische Dominanz auf den Straßen herzustellen. Das zeigte sich besonders deutlich im Juli 2023, als eine Demonstration gegen Neonazis und rechte Gewalt in Hellersdorf stattfand. Rund um das Demonstrations-Wochenende wurden 19 extrem rechte Vorfälle an die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf gemeldet. Dazu zählen mehrere rechtsmotivierte Bedrohungen und Pöbeleien gegen Personen, die als Antifaschist:innen angesehen wurden, sowie ein Angriff auf ein alternatives Wohnprojekt. An diesem waren mehrere Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ beteiligt. Dabei bewegte sich laut Augenzeug:innen rund ein Dutzend Neonazis gezielt auf das Wohnprojekt zu. Sie warfen Pyrotechnik sowie weitere Gegenstände und beschädigten dabei Autos von Anwohner:innen. In diesem Zusammenhang wurden zwei Jugendliche kurzzeitig von der Polizei festgenommen.



Motiv
der
Vorfälle

Bereits während der Demonstration kam es wiederholt zu Stör- und Einschüchterungsversuchen von jenen Neonazis, die teilweise später auch beim Angriff auf das Wohnprojekt beobachtet wurden: Die Neonazis begleiteten die Demonstration mit Kameras, um Nahaufnahmen der Demonstrant:innen anzufertigen. Das gezielte Fotografieren von Personen gehört dabei zu den sogenannten „Anti-Antifa“-Methoden (Antifa=Antifaschismus) von Neonazis und gilt der Einschüchterung von politischen Gegner:innen. Als die Störer nach einer Stunde von der Polizei weggeschickt wurden, gingen sie durch angrenzende Seitenstraßen weiter und verfolgten die Demonstration. An mehreren Kreuzungen rannten die Neonazis auf die Demonstrationsteilnehmer:innen zu, um diese anzugreifen. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, dass die Hemmschwelle zur Ausführung von Gewalt nahezu verschwunden ist. Obwohl die Neonazis wussten, dass die Polizei anwesend ist, versuchten sie offensiv Gewalt auszuüben. Dabei erfuhren sie letztendlich kaum Widerstand.

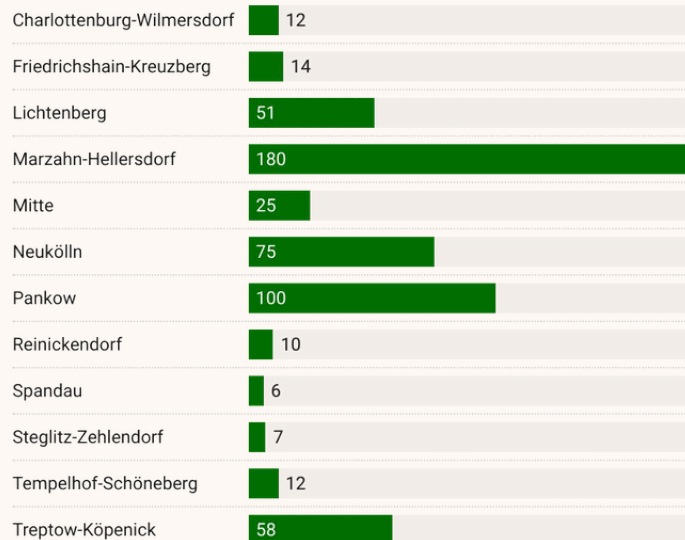
Auch im Nachgang des Demonstrations-Wochenendes kam es zu einem weiteren Einschüchterungsversuch, bei dem Neonazis einen ehemaligen Teilnehmer der Demonstration gezielt in seinem privaten Umfeld aufsuchten. Kurz nach dem Wochenende fand der ehemalige Demonstrationsteilnehmer einen Flyer vom „III. Weg“ in seinem Briefkasten vor, obwohl in seinem Wohnhaus keine weitere Person Propaganda erhalten hatte. Einen Tag später entdeckte er erneut einen Aufkleber des „III. Wegs“ in seinem Briefkasten. Die gezielte Einschüchterung von antifaschistisch auftretenden Personen ist eine besorgniserregende Eskalation der politischen Auseinandersetzung, zumal sie nicht selten mit Gewalt einhergeht. All diese Vorfälle zeigen, wie hoch das Gewaltpotential der Neonazi-Organisation ist.



Marzahn-Hellersdorf ist HotSpot der Neonazis vom „III. Weg“ Berlin

Bereits die Beispiele in den vorherigen Abschnitten zeigen eine weitere Tendenz. So stehen auch 2023 viele Meldungen diskriminierender und rechter Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf in einem Zusammenhang der Neonazi-Partei „Der III. Weg“. Die Partei ist in ganz Berlin aktiv und momentan die größte organisierte Neonazistruktur der Stadt. Einer der Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit ist Marzahn-Hellersdorf. Im berlinweiten Vergleich werden hier die meisten Aktivitäten der Neonazipartei gemeldet.

Im Jahr 2023 wiesen insgesamt 180 Vorfälle im Bezirk einen Bezug zum „III. Weg“ auf. Bei der genannten Anzahl handelte es sich jedoch nur um solche Aktivitäten, die klar der Neonazipartei zuzuordnen sind, indem beispielsweise Plakate mit deren Werbung verklebt wurden. Es ist davon auszugehen, dass es eine höhere Dunkelziffer an Vorfällen gibt, da Parteimitglieder wahrscheinlich auch extrem rechte Sticker ohne einen Bezug zum „III. Weg“ verkleben.



Vorfälle mit Bezug zum „III. Weg“ im berlinweiten Vergleich

Wer ist der „III. Weg“?



Die Partei „Der III. Weg“ wurde 2013 in Süddeutschland gegründet. Dieser Schritt war das Resultat vom Verbot mehrerer Neonazi-Kameradschaften und Richtungsstreitigkeiten in der NPD. Mit der Partei sollte eine Neonazi-Struktur geschaffen werden, die nicht so leicht verboten werden kann. Seit 2015 ist der „III. Weg“ auch in Berlin aktiv und entwickelte sich zu einem Sammelbecken aktiver Neonazis. Teilweise wurden Neonazi-Kader, die jahrelang nicht mehr öffentlich wahrnehmbar waren, in den letzten Jahren wieder beim „III. Weg“ aktiv. Die Partei versteht sich selbst als Kader-Organisation. Nur Personen mit einer gefestigten neonazistischen Weltanschauung werden als Mitglieder aufgenommen. Zudem müssen sich Aktivistinnen und Aktivisten zunächst bewähren, bevor sie in die Partei aufgenommen werden können. Eine politische Diskussion mit solchen überzeugten Neonazi-Kadern, zum Beispiel an einem Informationsstand oder in einer sozialen Einrichtung, ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Das Auftreten vom „III. Weg“ ist geprägt von einheitlicher Kleidung zur Ausstellung der eigenen Überzeugung. Auch im Alltag tragen sie oftmals das Logo der Partei prominent auf T-Shirts, Pullovern und Jacken oder etwas unauffälliger als Buttons.

Der „III. Weg“ sieht sich selbst als „nationalrevolutionär“. Politische Veränderung strebt die Partei nicht über demokratische Beteiligung an. Stattdessen organisiert der „III. Weg“ Neonazis für einen politischen Umsturz. Ein wichtiger Orientierungspunkt ist dabei die Ästhetik und Ideologie des historischen Nationalsozialismus. Die römische „III“ steht für die drei Säulen der Parteiarbeit: Der politische Kampf (u.a. Informationsstände), der kulturelle Kampf (u.a. Ausflüge zu historischen Orten) und der Kampf um die Gemeinschaft (u.a. Lagerfeuerabende). Zudem hat der „III. Weg“ mehrere bundesweit aktive Arbeitsgruppen. Dazu zählen unter anderem die sogenannte „AG Körper & Geist“, die Kampfsporttrainings und Leistungsmärsche organisiert. Teilweise finden die Trainingseinheiten auch im öffentlichen Raum, in Parks oder an Fitness-Geräten, wie Calisthenics-Parks, statt.

Vermeehrt Neonazi-Graffiti in Marzahn- Hellersdorf

Ein wichtiger Aspekt des angestrebten „kulturellen Kampfes“ der Partei ist die Herstellung einer rechten Dominanz auf der Straße. Indem der „III. Weg“ regelmäßig Plakate aufhängt, Sticker verklebt und Graffiti sprüht, beansprucht er Räume für sich und markiert sie neonazistisch.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 36 Schmierereien mit Bezug zum „III. Weg“ in Marzahn-Hellersdorf gemeldet. Zehn davon befanden sich in der Zossener Straße, wo es eine Reihe legaler Graffiti-Wände gibt. Von der Straße sind die Aktivitäten an diesen Wänden nur schwer einsehbar. Deshalb nutzt der „III. Weg“ den Ort häufiger, sodass sich Partei-Mitglieder beim Sprühen ausprobieren können. In den vergangenen Jahren kamen beispielsweise öfter größere Gruppen von Jugendlichen aus dem Parteispektrum aus ganz Berlin nach Hellersdorf, um hier das Graffiti Sprühen zu lernen. Zudem wird die Zossener Straße seit Jahren für Werbezwecke der Neonazipartei genutzt. Teilweise treffen sich rund zwei Dutzend Parteimitglieder vor Ort, um vor den Graffiti Wänden für Gruppenfotos zu posieren.

Daneben nutzte der „III. Weg“ im Jahr 2023 auch eine Graffitiwand nahe des Skateparks an der Wuhletalstraße in Marzahn für Propagandabilder. In Mahlsdorf wurden 2023 Sprühereien mit Bezug zum „III. Weg“ zudem nahes eines Supermarktes sowie an einer Grundschule gemeldet.



Neonazistische Jugendliche auf Mitgliedersuche vor Schulen

Doch nicht nur mit Graffiti versucht der „III. Weg“ gezielt Jugendliche anzusprechen. Im Oktober 2023 verteilten zwei Neonazis aus dem Parteispektrum vor einer Schule in Biesdorf Propaganda. Insgesamt ist in mehreren Ostberliner Bezirken zu beobachten, dass vornehmlich junge Parteikader versuchen, Schüler:innen für die Neonaziorganisation anzuwerben. Dabei ist es dem „III. Weg“ in den vergangenen Jahren gelungen, eine eigenständige Jugendstruktur in Berlin aufzubauen. Sie trägt den Namen „Nationalrevoulitonäre Jugend“. Ihr Kürzel „NRJ“ findet sich auch bei Sprühereien im öffentlichen Raum. Im Kern besteht die Jugendgruppe momentan aus rund 20 bis 25 Personen im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren.



Gewaltbereit- schaft in Hellersdorf steigt

Auf diese Weise sollen junge Menschen an einen militanten Neonazismus herangeführt werden. Nicht nur ältere Mitglieder vom „III. Wegs“ sind für ihre Gewaltbereitschaft bekannt. Auch Anhänger der Parteijugend sind auch in der Region Hellersdorf immer wieder durch Angriffe und Bedrohungen aufgefallen. Die Gewalt kann sich dabei gegen alle Menschen richten, die nicht in das neonazistische Weltbild passen. Queere oder geflüchtete Menschen sind genauso betroffen wie Menschen, die sich für Vielfalt einsetzen. Oftmals finden solche Übergriffe unvermittelt im öffentlichen Raum statt. Teilweise treffen sich Mitglieder der Partei aber auch gezielt, um Menschen anzugreifen, zum Beispiel um Teilnehmende von Demonstrationen gegen rechts bei der Anreise abzufangen. Dementsprechend geht vom „III. Weg“ ein enormes Bedrohungspotential aus, das aufgrund ihrer kontinuierlichen Jugendarbeit auch in den nächsten Jahren hoch bleiben wird.





Propaganda im öffentlichen Raum

Trotz des erwähnten Anstiegs an rechten und diskriminierenden Gewalttaten handelte es sich bei einem Großteil der vom Register registrierten Vorfälle auch in 2023 um Meldungen von Propaganda. Dazu gehören beispielsweise Aufkleber, Plakate, Flugblätter oder Graffiti mit diskriminierendem Inhalt. Insgesamt sind über 80% der gemeldeten Vorfälle im Jahr 2023 Propaganda-Vorkommnisse. Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich auch in diesem Bereich ein immenser Anstieg an Meldungen verzeichnen.

Dies mag im ersten Moment eher beruhigend wirken, da von solchen Vorfällen keine unmittelbare Gefahr für Menschen auszugehen scheint. Allerdings trägt diskriminierende Propaganda dazu bei, im öffentlichen Raum eine Stimmung der Ausgrenzung zu verbreiten. Rechte und diskriminierende Aussagen sollen auf diese Weise im Straßenbild verankert werden. Dabei dient Propaganda der Ausstellung von Dominanz. Sie soll das „eigene Revier“ markieren, für rechte Inhalte werben und Betroffene einschüchtern.

So kommt es unter anderem auch gezielt in Wohnumfeldern von Betroffenen zu einer Häufung rassistischer Propaganda-Vorfälle.

Nahe des U-Bahnhofes Louis-Lewin-Straße wurden im Laufe des Jahres zehn neonazistische Schmierereien/Ritzereien gemeldet, die sich teilweise in unmittelbarer Nähe zu einer Geflüchtetenunterkunft befanden. Inhaltlich bestanden diese aus rassistischen Beschimpfungen, Hakenkreuzen sowie Slogans, die den Nationalsozialismus verherrlichten.

Angriff 22

Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien 45

Propaganda 440

Sachbeschädigung 11

Strukturelle Benachteiligung 5

Veranstaltung 8

Sonstiges 0

Art
der
Vorfälle



Der „III. Weg“ nutzt Sticker, Plakate und Graffiti verstärkt, um im Bezirk gezielt demokratische sowie gegen rechts positionierte Veranstaltungen einzuschüchtern. So hängte die Neonazipartei in der Nacht vor der „Marzahn Pride“ mehrere LGBTQ*-feindliche Transparente auf der Wegstrecke der Versammlung auf. Die Botschaft ist deutlich: Menschen, die sich für Vielfalt engagieren, sollen durch die rechte und diskriminierende Propaganda Angst bekommen.

Nicht nur „Der III. Weg“ zeigt verstärkt im Bezirk Präsenz: Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl weiterer Neonazi-Schmierereien. 35 – zumeist sehr großflächige – Hakenkreuze wurden im Jahr 2023 in die Registerstelle gemeldet. Im Vergleich zu den Vorjahren steigt die Zahl dieser Schmierereien kontinuierlich an. Sechs mal wurden gezeigte Hitlergrüße im öffentlichen Raum gemeldet. Weitere 46 mal wurde Propaganda aus einem Neonaziversand gemeldet, auf der unter anderem „I ♥ NS“ (NS=Nationalsozialismus) oder „I ♥ HTLR“ (HTLR=Hitler) zu lesen war. Die offenkundigen Bekenntnisse zum Nationalsozialismus wurden regelmäßig sichtbar an verschiedenen Bahnhöfen geklebt.

Die massive Propaganda ist ein Hinweis auf (Sozial-)Räume, die Neonazis für sich beanspruchen wollen. Häufig handelt es sich dabei um Orte, an denen sich die Urheber:innen regelmäßig bewegen, weil sie dort wohnen oder die entsprechenden Räume im Alltag nutzen.

Deshalb ist es wichtig, dass die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf nicht nur körperliche Gewalt und Bedrohungen dokumentiert. Vorfälle von extrem rechter und diskriminierender Propaganda sowie rechte Demonstrationen oder Informationsstände sind ebenfalls Versuche, ein Klima der Diskriminierung und Ausgrenzung herzustellen. Das kann im schlimmsten Fall den Boden für Gewalt liefern. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in Vorfällen, die an die Registerstelle gemeldet wurden. Nicht selten kommt es an Orten, an denen Neonazis häufig Sticker und Plakate verkleben, verstärkt zu gewalttätigen Übergriffen.



Schwerpunkte der gemeldeten Vorfälle

Die meisten gemeldeten Vorfälle fanden 2023 mit großem Abstand in den drei Hellersdorfer Bezirksregionen statt (Hellersdorf-Süd, -Ost und -Nord). Vor allem in Hellersdorf-Süd gibt es einen massiven Anstieg der Vorfälle. Ein Grund hierfür ist sicherlich die Zunahme von Propaganda der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“, die sich unter anderem verstärkt um den U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord gemeldet wurde. In Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Süd fand zudem eine Vielzahl der gemeldeten Bedrohungen (22) sowie ebenfalls mehrere Angriffe (5) statt. Vorwiegend finden solche Übergriffe im öffentlichen Raum in Verkehrsmitteln, auf der Straße oder im Supermarkt statt. (siehe Seite 8)

Allerdings wurde im Jahr 2023 auch vermehrt Neonazipropaganda in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf gemeldet. Vor allem an den Bahnstationen in den Regionen wurden im Vergleich zu den vergangenen Jahren verstärkt Neonazi-Sticker verklebt.

Zugleich konnte die Registerstelle aber auch mehr Melder:innen in diesen Regionen gewinnen, die auf die Propaganda aufmerksam machen. In Mahlsdorf kam es darüber hinaus zu drei gemeldeten Angriffen und zwei Bedrohungen. Hierbei handelt es sich in drei Fällen um rassistisch motivierte Taten. In zwei Fällen wurden Personen eingeschüchtert bzw. angegriffen, die Neonaziaufkleber entfernen wollten. Laut des Berichts einer Augenzeugin entfernte eine Person am 05.09.2023 einen neonazistischen Aufkleber am S-Bahnhof Mahlsdorf. Dabei wurde sie von einer Personengruppe zuerst beobachtet, später dann geschubst und bedroht. Erst als die betroffene Person eine andere Person nach Unterstützung fragte und bat, die Polizei zu rufen, verschwanden die Angreifer. Vorfälle wie dieser unterstreichen den Zusammenhang von Propaganda und Gewalttaten.



Ort der Vorfälle

Gemeldete Vorfälle von 2017 bis 2023

	Biesdorf	Hellersdorf-Nord	Hellersdorf-Ost	Hellersdorf-Süd	Kaulsdorf
2023	44	120	63	118	28
2022	22	88	63	50	19
2021	16	52	13	26	8
2020	13	63	18	48	3
2019	7	30	2	13	8
2018	10	61	5	5	1
2017	11	56	17	4	5

Created with Datawrapper

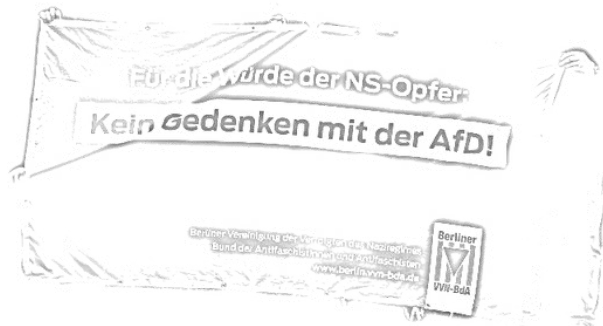
	Mahlsdorf	Marzahn-Mitte	Marzahn-Nord	Marzahn-Süd	Bezirksweit/Unbekannt	Internet
2023	35	47	19	30	9	18
2022	18	44	8	35	2	16
2021	4	60	17	27	8	10
2020	5	45	5	22	15	15
2019	1	43	21	9	18	
2018	0	19	41	23	16	
2017	1	41	17	14	21	

Wahlkampf und Propaganda im Internet

Anfang 2023 fand die Wiederholungswahl in Berlin statt. Im Verlauf des Wahlkampfes wurden 25 Vorfälle gemeldet, wobei unter anderem mehrfach Wahlplakate mit neonazistischer Propaganda beschmiert wurden. Zudem gab es während des Wahlkampfes zwei Flyer-Verteilaktionen der NPD. Die vormals sehr aktive Neonazipartei wurde mittlerweile in „Die Heimat“ umbenannt, aber ist im Bezirk im Vergleich zu Aktivitäten des „Ill. Wegs“ weitestgehend bedeutungslos.

Über die Hälfte aller Vorfälle mit Bezug zum Wahlkampf standen in einem direkten Zusammenhang mit der AfD. Unter anderem wurde mehrfach eine Propaganda-Zeitung der Partei im Bezirk verteilt. Die Zeitung bedient rassistische Erzählungen, indem beispielsweise ein unbelegter Zusammenhang zwischen sozialen Problemen, wie Wohnungsnot, und Migration behauptet wird. Zudem verbreiteten lokale AfD-Politiker mehrfach rassistische Beiträge im Internet. Dabei kann ein Großteil der gemeldeten Vorfälle im digitalen Raum, die auch außerhalb des Wahlkampfes einen Bezug zu Marzahn-Hellersdorf aufweisen, einem AfD-Abgeordneten zugerechnet werden.

In Bezug auf diskriminierende Vorfälle registrierte das Marzahn-Hellersdorfer Register im Gesamtjahr insgesamt 28 Meldungen mit direktem Bezug zur AfD. In 15 Fällen handelte es sich um um diskriminierende Propaganda und Pöbeleien im Internet. Sieben Fälle waren Wurfaktionen in Briefkästen mit diskriminierenden Inhalten. Sechsmal wurden Aufkleber bzw. Plakate der als extrem rechts geltenden „Jungen Alternative“ (kurz: JA), der Jugendorganisation der AfD, gemeldet.



In einem Fall gab es eine Veranstaltung mit Redner:innen vom ehemaligen völkisch-nationalistischen „Flügel“ der Partei. Das ist besonders, weil es als Hinweis auf die ungebrochene Bedeutung der aufgelösten Parteigliederung für die Marzahn-Hellersdorfer AfD gewertet werden kann.

Neben Veranstaltungen im Bezirk verlegt die AfD Marzahn-Hellersdorf viele ihrer Aktivitäten, wie die regelmäßigen Stammtische, in das benachbarte Hönow (Land Brandenburg). Auf diese Weise tauchen diese Veranstaltungen nicht im Marzahn-Hellersdorfer Register auf. Insgesamt ist die AfD somit gerade in Bezug auf eigene Events sehr viel aktiver als es die Zahlen aus dem Bezirk allein nahelegen würde. Im berlinweiten Vergleich ist Marzahn-Hellersdorf ein politischer Schwerpunkt der AfD.

Dies schlägt sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Bei der Wiederholungswahl erhielt die Partei im Bezirk mit die höchsten Wahlergebnisse in der ganzen Stadt. Zudem konnte sie die einzigen beiden Direktmandate für das Abgeordnetenhaus hier gewinnen. In einigen Wahllokalen in Hellersdorf-Nord und Marzahn-Nord erhielt die AfD über 40% der abgegebenen Stimmen. Allerdings waren dies auch Orte, wo die Wahlbeteiligung auffallend gering war (zumeist unter 30%). Der hohe Stimmanteil der Partei resultiert somit wohl auch in entscheidendem Maße von einer generellen Verlust in die Mitbestimmungsmöglichkeiten demokratischer Politik.



Fazit des Registerberichtes

Die gemeldeten Vorfälle im Jahr 2023 zeigen, dass Diskriminierung und (extrem) rechte Ausgrenzung weiterhin sehr verbreitet in Marzahn-Hellersdorf sind. Seit einigen Jahren steigt die Zahl der erfassten Meldungen stetig an. Im Jahr 2023 hat insbesondere auch die Zahl der Gewalttaten massiv zugenommen. Besonders betroffen sind hiervon queere Menschen, Menschen, die rassistisch abgewertet werden, und Personen, die offen für Vielfalt und Toleranz eintreten. Diese zunehmende Polarisierung des gesellschaftlichen Klimas und die damit verbundene Eskalation der politischen Auseinandersetzung ist besorgniserregend. Einen Anteil daran hat sicherlich die Politik der AfD, die nicht nur in Berlin, sondern auch bundesweit einen Schwerpunkt ihrer Arbeit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf setzt. Zudem wird jedoch auch die Neonaziszene im Bezirk wieder aktiver. Vor allem die Kleinstpartei „Der III. Weg“ nutzt Marzahn-Hellersdorf als Rückzugsort, um gerade auch Jugendliche an eine neonazistische Organisation heranzuführen. Vor diesem Hintergrund bedarf es weiterer Anstrengungen, um die vielfältigen Ansätze für ein solidarisches Zusammenleben im Bezirk Marzahn-Hellersdorf auch in Zukunft zu stärken und gemeinsam gegen Diskriminierung und rechte Ausgrenzung einzustehen.



Hier erhalten Sie Unterstützung

Für Betroffene und Zeug:innen von Diskriminierung und rechter Gewalt gibt es zahlreiche Beratungsangebote, die allesamt kostenlos zugänglich sind. Das Spektrum reicht von Rechtsberatung, über Sozialberatung und Begleitservices bis hin zur psychotherapeutischen Betreuung bei traumatisierten Gewaltopfern. Sie können sich immer gerne an die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf für eine Verweisberatung wenden:
Tel.: +49 172 - 869 54 97 · Mail: register-mh@stiftung-spi.d

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf
Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit gegen Rassismus, die extreme Rechte und Diskriminierungsformen jeglicher Art
Telefon: +49 30 922 571 40
Website: koordinierungsstelle-mh.de

Quarteera e. V.
Verein russischsprachiger LGBTQ und ihrer Freund:innen*
Telefon: +49 30 286 555 88
Webseite: quarteera.de

ReachOut
Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Telefon: +49 30 695 683 39
Webseite: reachoutberlin.de

Reistrommel e.V.
Migrationsberatung für Erwachsene
Telefon: +49 30 217 585 48
Webseite: reistrommel-ev.de

Amaro Foro e.V.
Beratung und Dokumentation bei Antiziganismus/ Rassismus gegen Sintizze und Romnja
Telefon: +49 30 432 053 73
Webseite: amaroforo.de

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Erkrankung
Telefon: +49 30 275 925 27
Webseite: diskriminierung-berlin.de

RIAS
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin
Telefon: +49 30 817 985 821
Webseite: report-antisemitism.de

OPRA
Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Telefon: +49 30 922 182 41
Webseite: opragewalt.de

Queer Home
*zu allen Fragen rund ums Wohnen für LSBTIQ**
Telefon: +49 30 658 678 61
Webseite: queerhome.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
Telefon: +40 30 817 985 810
Webseite: mbr-berlin.de



**BERLINER
REGISTER**



Registerstelle Marzahn-Hellersdorf

*Melde Diskriminierung und
extrem rechte Aktivitäten an uns!*

Welche Vorfälle können gemeldet werden?

- * Angriffe und Bedrohungen von Neonazis
- * Diskriminierende Pöbeleien
- * Hassrede im Internet
- * Rechte Aufmärsche oder Infostände
- * Aufkleber/Plakate/Graffiti mit menschenverachtende Inhalten

So kannst du uns erreichen



register-mh@stiftung-spi.de



berliner-register.de



[@registermahe](https://www.instagram.com/registermahe)



0172 8695497



Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN



**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Senatsverwaltung
für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

Stiftung SPI

Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

